

## Buchbesprechung

**Ulrich Albrecht/Michael Kalman/Sabine Riedel/Paul Schäfer (Hrsg.), Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 250 S., 20,50 €**

Der von Ulrich Albrecht, Michael Kalman, Sabine Riedel und Paul Schäfer herausgegebene Sammelband zum „Kosovo-Dilemma“ knüpft thematisch an aktuelle Debatten über den Wandel des Krieges an und zielt auf zentrale Herausforderungen internationaler Politik im 21. Jahrhundert: die global verbreitete Problemtrias aus schwachen Staaten, sog. „neuen Kriegen“ und militärischen Interventionen. Hinter dem Adjektiv „neu“ verbirgt sich die übergreifende Annahme, dass lokal agierende Rebellen und transnationale Gewaltunternehmer (*Warlords*) im Kontext defekter, zerfallender Staatlichkeit ihr Handeln durch das zielgerichtete Andocken an globalisierte Wirtschaftskreisläufe zu optimieren versuchen. Das Kosovo wird zur Chiffre eines global beobachteten Phänomens, aus dem der Anforderungswandel für die internationale Politik abgeleitet wird. Die interdisziplinär ausgerichteten Beiträge wie auch eine friedenswissenschaftliche Perspektive sollen der Komplexität der Thematik gerecht werden.

Ausgehend von zahlreichen Regionalanalysen bietet der Sammelband vor allem Einblicke in das Spannungsfeld von militärischen Interventionen und staatlicher Souveränität sowie Einsichten in die politischen und normativen Widersprüche im 21. Jahrhundert. Dass dabei die Rückbindung an die Problemtrias gelingen kann, zeigen zunächst jene Beiträge, die auf die regionale Dimension des Kosovo-Dilemmas abheben und die politischen, ökonomischen und sozialen Problemlagen aufrollen. Hervorzuheben ist *Michael Kalman* mit seinen Reflexionen über die Lage der südosteuropäischen Krisenstaaten, deren Misere

zum einen mit dem hohen Anteil der Schattenwirtschaft und der unzureichenden Steuerbasis verknüpft ist, zum anderen aus der mangelnden Fähigkeit der politisch Handelnden resultiert, gewaltoffene Räume zu transformieren. Weil Strategien internationaler Organisationen wie der EU und des IWF eher zu einer weiteren Zuspitzung krisenhafter Situationen führen, sind sie auch besonders problematisch. Betont werden die - trotz neoliberaler Globalisierungsdiskurse - nach wie vor unverzichtbaren sicherheits- und wirtschaftspolitischen Ordnungsfunktionen des Staates. Dass staatliche Interventionen in die Wirtschaft unterbleiben sollten, gilt zwar als wichtiges Credo der neoliberalen Wirtschaftstheorie. Kalman bezweifelt jedoch sowohl die Eignung dieser Norm für sich entwickelnde Volkswirtschaften als auch ihre praktische Umsetzung durch die OECD-Ökonomien. Dass das regionalpolitische Entwicklungsziel tragfähiger Ökonomien und stabiler Staatlichkeit derzeit noch fern ist, zeigt auch *Kurt Hübner*. Die dringend benötigten Anschubfinanzierungen für die regionale Wirtschaft verfangen sich nach wie vor häufig in lokalen, klientelistischen Patronagesystemen, was beide Ziele - wirtschaftliche Entwicklung und Staatlichkeit - untergräbt. Auch *Peter Scherrer* stimmt in seiner Kurzevaluation des Balkan-Stabilitätspaktes eher skeptische Töne an und kritisiert neben der Fiktion sozialstaatlicher Institutionen in Südosteuropa insbesondere das mangelnde Engagement der Geberstaaten auf dem Sektor der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die die soziale Situation weitgehend ausblendeten.

Der Balkanexperte *Dušan Reljić* analysiert die Situation Serbiens seit dem Sturz Miloševićs, die trotz des demokratischen Wandels von der problematischen Durchdringung staatlicher Strukturen durch Korruption und organisierter Kriminalität einerseits, dem Kernproblem des Nationalismus andererseits, gekennzeichnet ist. Aufschlussreich ist die historisch-systematische Unterscheidung zwischen der von der US-Führung zementierten *pax americana*, die als zentrale politische und militärische Stabilitätsfunktion Kern der Friedensordnung ist, und einer *pax europaeica*, die als alternatives Ordnungsmodell auf integrative Mechanismen ökonomischer und politischer Interdependenz setzt. Obwohl letztere vom Autor durchaus skeptisch eingeschätzt wird, wäre es durchaus lohnenswert gewesen, diese Überlegung in den übrigen Ausführungen aufzugreifen. Stellt sich doch diese Problematik auch beim „Brennpunkt Makedonien“, der von *Wolf Oschlies* unter die Lupe genommen wird. Seine Präsentation von Dilemmata zwischen Minderheitenschutz, Terrorismus und staatlichem Gewaltmonopol verbleibt jedoch weitgehend an der Oberfläche. Während *Reljić* in seinem Beitrag noch die Stigmatisierung der südosteuropäischen Gesellschaften als „irrationalen Balkan“ kritisiert hatte, vermag *Oschlies* als Triebfeder jugoslawischen Sezessionskonflikte nur „offenen Irredentismus“ und „interethnischen Hass“ als „jahrzehntelangen Durchlauferhitzer spezifisch jugoslawischer Staatenbildung“ zu präsentieren. Demgegenüber bietet *Sabine Riedel* ein deutlich differenzierteres Bild von der Genese nationaler Mythenkonstrukte und ethnischer Abgrenzung in Südosteuropa. Ethnisches Identitätsbewusstsein ist ein historisch kontingentes Konstrukt, das dynamischem Wandel unterworfen ist. Mit dieser Perspektive wird nicht nur die Verbindung zur machtpolitischen Instrumentalisierung von Ethnizität, sondern auch deren Konfliktträchtigkeit plausibel herausgearbeitet. Weil sich somit keine auf Dauer stabilen staatlichen Ordnungssysteme begründen ließen, eigne sich Ethnizität auch nicht zur Bestimmung des Nationsbegriffs - wengleich dies jedoch in der Politik der EU-Kommission und einzelner Mitgliedsstaaten zum Tragen komme. Mit dem Plädoyer für eine stärkere Betonung des „politischen Nationskonzepts“ ist Riedels Beitrag für aktuelle Debatten des *peace-* bzw. *nationbuilding* instruktiv.

Eine Reihe weiterer Beiträge widmet sich dem Spannungsfeld von militärischen Interventionen und staatlicher Souveränität. In diesem Zusammenhang argumentiert *Hans-Christof von Sponeck* prägnant und überzeugend für eine stärkere Formalisierung des Sanktionsregimes der Vereinten Nationen. Das Beispiel Irak mache deutlich, dass in der Ausgestaltung von Wirtschaftssanktionen stärker darauf abgehoben werden muss, die Zivilbevölkerung zu schützen. Um der asymmetrischen Machtstruktur des UN-Sicherheitsrates und den teils unscharfen Formulierungen in UN-Charta und Sicherheitsratsresolutionen nicht den Charakter von Willkür zu geben, sei zudem die Justiziabilität von UN-Entscheidungen erforderlich. *Hans-Joachim Heintze* regt im Anschluss an seine Erörterung zur völkerrechtlichen Zulässigkeit humanitärer Intervention ebenfalls eine Weiterentwicklung der internationalen Praxis zum Menschenrechtsschutz an. *Heintze* zielt jedoch anders als *von Sponeck* weniger auf Kodifikationsvorhaben denn auf pragmatische Innovationen, wie die stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure, Prävention und nachhaltiger Konsolidierungsprojekte in Post-Konfliktgesellschaften. Es gelte, mit derart vorausschauender Politik den Souveränitätsgedanken ebenso zu relativieren, wie dies mit dem Interventionsinstrument bereits geschehen ist. Nimmt die Bewertung der politischen und normativen Wirkungen militärischer Interventionen im Diskurs eine prominente Position ein, so werden die ökologischen Begleiterscheinungen der Kriegführung und ihre Folgen häufig nur am Rande beleuchtet. Umso nachdrücklicher weist die Ökologin *Jasmine Bachmann* auf die höchst problematischen Auswirkungen der NATO-Luftangriffe auf Mensch und Natur hin.

Auf die politischen und normativen Widersprüche im Zeitalter der Globalisierung macht *Peter Lock* aufmerksam. In seinem Beitrag über die „High-Tech-Kriege“ des 21. Jahrhunderts skizziert Lock den „Aufrüstungstaumel“ amerikanischer Streitkräfte, die sich u.a. in der Vision eines „automatisierten Schlachtfeldes“ durch moderne Informationstechnologien zeige, die den Charakter der Kriegführung verändern werde (*Revolution in Military Affairs*, RMA). Darüber hinaus entlarvt Lock nicht nur die Vordergründigkeit des menschenrechtlichen Arguments, sondern auch die Resistenz staatlicher Strukturen, insbesondere des „militärbürokratischen Komplexes“, gegenüber einer veränderten poli-

tischen Wirklichkeit. Diese könne zum einen die Formen des derzeitigen militärischen Interventionismus erklären; zum anderen seien sie völlig ungeeignet, um transnational agierende Gewaltunternehmer wie Warlords oder terroristische Netzwerke als „amorphe Gegner“ zu zerschlagen. Dass jedoch gerade „Warlordkonfigurationen“ ganz weit oben auf der Agenda gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen internationaler Politik stehen, unterstreicht die Analyse von *Astrid Nissen* und *Katrin Radtke*. In der aktuellen Debatte über die „neuen Kriege“ werden „Warlordkonfigurationen“ als außerstaatliche, kriegerisch-soziale (gewaltoffene) Systeme definiert, die jenseits gewohnter Bürgerkriegssysteme unternehmerische, politische und militärische Logiken verbinden und in zunehmend globalisierte Kriegsökonomien eingebunden sind bzw. von diesen profitieren. Solche Warlordgebilde treten idealtypisch an die Stelle von Staatlichkeit oder neben den Staat und nutzen den Krieg zur privaten Macht- und Vermögensakkumulation, was wiederum zur Verstärkung von Gewaltmärkten führt. Inwieweit gewaltoffene Räume mit der Kehrseite der Globalisierung verkoppelt sind, wird von den Autorinnen an den Beispielen Liberias und des Libanon verdeutlicht. Damit kann dann die internationale Reichweite des „Kosovo-Dilemmas“ unterstrichen werden, doch unglücklicherweise fehlt eine genauere Wirkungsanalyse von Warlordgebilden und ihrer transnationalen Vernetzung im südosteuropäischen Raum, die für die Entwicklung angemessener Präventionsoptionen und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen dringend notwendig wäre. Zudem hätte der Band insgesamt davon profitiert, die komplexe Wechselbeziehung zwischen Politik, Ökonomie und Gewalt auf lokaler und internationaler Ebene systematischer aufzuspüren.

Neben diesen thematischen Kernbereichen bietet der Sammelband noch weitere aufschlussreiche Beiträge. *Burkhard Lubers* etwa untersucht unter dem Aspekt der Entfeindungsarbeit den friedenspolitischen Beitrag von Nichtregierungsorganisationen (NROen) in Ostslawonien. Die Evaluation einer solchen NRO-Tätigkeit ist bekanntermaßen mit Schwierigkeiten behaftet. Dass Nichtregierungsorganisationen im lokalen Rahmen nachhaltige Impulse im Sinne des *peace building* setzen können, steht auch außer Frage (u.a. Traumaarbeit, Bildungswesen). Offen bleibt freilich, welche generalisierbaren Erkenntnisse

sich aus dem präsentierten Einzelfall ableiten ließen. Mit einer sorgfältigen Analyse der deutschen Medienberichterstattung zum Kosovo-Konflikt wird die Aufsatzsammlung um einen weiteren Themenkomplex, der häufig nur am Rande wahrgenommen wird, ergänzt. Die im Beitrag aufscheinende Kritik an den Diskursen überzeugt jedoch nicht durchgehend, wenn etwa die Komplexitätsreduzierung durch die Presse angesprochen wird, die sich letztlich in der Berichterstattung zu allen Politikbereichen, sei es Renten-, Steuer- oder Migrationspolitik, findet. Ob Diskurse und gebrauchte Metaphern in der Presseöffentlichkeit zudem so einseitig kriegsrechtfertigend waren, wie vom Autor dargestellt, ist eine weitere offene Frage. Zweifellos verdienstvoll ist die Aufdeckung von Dichotomien (Feindbilder, Gut-Böse-Relationen) und „Denormalisierungsszenarien“ im medienpolitischen Diskurs. Der am Ende des Bandes platzierte multithematische Beitrag von *Paul Schäfer* ist dann schließlich bemüht, einige der zentralen Debattenstränge in den Kontext von Wahrheitsfindung und Nachkriegsordnung zu stellen. In seiner Problematisierung der zunehmenden Praxis exogener Stabilisierungsversuche geht Schäfer auf die Motive lokaler Macht- und westlicher Interventionsakteure ein. Er thematisiert in diesem Zusammenhang insbesondere die Widersprüche in der pseudonormativen Konzipierung internationaler Politik durch die hegemoniale Machtausübung des Westens („Weltbürgergesellschaft“, „kosmopolitische Demokratie“). Im Ergebnis wird in der mit diesen Akteuren verbundenen liberalen Wirtschaftsdoktrin die sich immer wieder reproduzierende Ursache globaler Entwicklungsblockaden und damit auch von gewaltsamen Konflikten ausgemacht, die mehr denn je die Frage nach Alternativen aufwerfe.

Insgesamt bietet der Sammelband zahlreiche friedenspolitisch relevante Einblicke in die Problemtrias von schwachen Staaten, „neuen Kriegen“ und militärischen Interventionen. So thematisch ambitiös und politisch relevant die gewählte Thematik ist, so auffällig unbefriedigend ist jedoch die fehlende Gesamtstruktur des Bandes. Es bleibt den einzelnen Beiträgen - und damit auch dem Leser - überlassen, eine Verbindung zwischen der Problemtrias und dem zum Prototypen erhobenen Kosovo zu ziehen, was leider nicht immer systematisch eingelöst wird - zumal einzelne Beiträge auch nicht durchweg den aktuellsten Stand der Forschung widerspie-

geln. Wenn der Sammelband dennoch sehr lesens- und empfehlenswert ist, dann liegt dies an der Vielfalt der unterschiedlichen Blickwinkel und den handlungsrelevanten Denkanstößen für die Politik.

*Sven Chojnacki/Sergius Seebohm,  
Berlin*

**Florian Gerster, Arbeit ist für alle da. Neue Wege in die Vollbeschäftigung, Propyläen Verlag, München 2003, 240 S., 22 €.**

Titel wie Untertitel dieser Schrift über die Arbeitslosigkeit in Deutschland sind reiner Bluff. „Arbeit ist für alle da“ kann bestenfalls als normatives Postulat gemeint sein, nicht aber als echte Option, die sich - wenigstens in absehbarer Zeit - realisieren ließe. Und der Untertitel suggeriert, der Autor kenne Rezepte für „neue Wege in die Vollbeschäftigung“. Davon kann keine Rede sein! Gerster nennt keinen Weg in die Vollbeschäftigung, und *neue Wege* schon gar nicht. Mit einer wenig überzeugenden Ausnahme: Im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen könnten geschätzte 3,3 Millionen Arbeitsplätze entstehen. Was er sonst vorschlägt, sind - mit Verlaub - olle Kamellen: mehr Investitionen, mehr Innovationen, mehr Wachstum - erzielt durch Deregulierung und Flexibilisierung, Um- und Abbau der Leistungen aller Sozialversicherungen und Zurückhaltung der Tarifparteien, um die Kosten des Faktors Arbeit zu reduzieren. Das richtet sich vor allem natürlich an die Adresse der Gewerkschaf-

ten. Dass die Unternehmer und die Unternehmen an der zunehmenden wirtschaftlichen - und daher verschärften sozialen - Misere auch irgendwie beteiligt sein könnten, kommt dem Verfasser dagegen nicht im entferntesten in den Sinn... Dabei ist diese Schrift keineswegs so simpel verfasst, wie es nach dieser Einleitung scheinen könnte. Florian Gerster argumentiert zumeist durchaus ausgewogen, räumt mit manchen Vorurteilen auf, analysiert die den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung bestimmenden Sachverhalte fachkundig und kompetent, beurteilt die Probleme der Sozialversicherungen, die den Sozialstaat zum großen Teil ausmachen, zutreffend vor dem Hintergrund sowohl der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche wie der erst noch bevorstehenden gesellschaftlichen „Vergreisung“ sowie auch der vielfältigen versicherungsfremden Leistungen - und gelangt doch nur zu den eingangs vorgestellten Ergebnissen, von denen er freilich selbst nicht recht überzeugt zu sein scheint. Könnte es daran liegen, dass sein traditionelles wirtschaftstheoretisches Verständnis nicht mehr die realen ökonomischen Bedingungen und Verhältnisse abbildet?

Diese Schrift ist ein Eingeständnis der Hilflosigkeit guten Willens. Das Dokument legt nun aber nicht ein beliebiger Autor vor, sondern der Vorstandsvorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit, der sich - ausweislich des Vorworts - auf die geballte wissenschaftliche Kompetenz der Behörde stützt - deshalb sind die Aussichten wirklich schlecht!

*Bernd M. Malunat,  
München*